

Aus:

SEYHAN BAYRAKTAR

Politik und Erinnerung

Der Diskurs über den Armeniermord in der Türkei
zwischen Nationalismus und Europäisierung

August 2010, 314 Seiten, kart., 29,80 €, ISBN 978-3-8376-1312-4

Der problematische Umgang der Türkei mit der Vertreibung der Armenier während des Ersten Weltkriegs wird insbesondere in der kontroversen Debatte um den EU-Beitritt viel beachtet, ist bislang aber kaum systematisch untersucht worden: Wie haben sich der Erinnerungsdiskurs und die Vergangenheitspolitik in der Türkei im Zeitverlauf entwickelt? Welche Rolle spielt nationale Identität? Wie wirkt sich der internationale Druck aus, der die *Europafähigkeit* der Türkei zunehmend an deren Anerkennung des Völkermordcharakters der Vertreibungspolitik koppelt?

Seyhan Bayraktar kann anhand der beteiligten Akteure, diskursiven Rahmungen und vergangenheitspolitischen Maßnahmen zeigen, dass bisher keine paradigmatische Abkehr vom Leugnungsdiskurs zu beobachten ist.

Seyhan Bayraktar (Dr. rer. soc.) arbeitet am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/ts1312/ts1312.php

INHALT

Vorwort	11
Einleitung	13

TEIL I: GRUNDLAGEN

Der Mord an den osmanischen Armeniern von 1915	23
Die »Armenische Frage«:	
Entstehung, Kontext, Internationalisierung	23
Zwangsdeportation von 1915 als »Lösung« der Armenischen Frage ...	30
Ausblick – internationale und türkische Amnesie	37
Forschungsstand	41
Nationale Geschichtsschreibung als Fundament des Erinnerungsdiskurses	42
Erklärungsansätze für den Erinnerungsdiskurs	51
Forschungslücke	56
Theoretischer Rahmen	59
Gedächtnistheoretische Erwartung:	
Normbewahrung durch reaktive Identitätssicherung	61
Kultursoziologische Erwartung:	
Normvertiefung durch Verteidigung der Identität	66
Sozialkonstruktivistische Erwartung:	
Normwandel durch Sozialisation	70
Konzeptionelle Grundlagen	77
Diskursbegriff und Diskurs-Akteurbeziehung	78
Diskursanalytische Instrumente: Rahmen- und Toposanalyse	80
Untersuchungsdesign und Methodik	82

TEIL II: EMPIRIE

Die Gegenwart der Vergangenheit	97
Der Erinnerungskampf der Armenier	97
Innen- und außenpolitischer Kontext der 1970er	99
Das Militärmemorandum vom 12. März 1971	99
Politische Säuberungen und Verfassungsänderung	100
Der Zypernkonflikt	100
Übergriffe auf Nichtmuslime – die Pogrome vom 6./7. September 1955	104

Diskursive Reaktionen auf den Erinnerungskampf der Armenier	105
Von »armenischem« zu »internationalem Terrorismus«	105
Minderheitenkonflikt vermeiden	114
Osmanisch-Armenische Beziehungen und 1915	120
Zusammenfassung	130
Vergangenheit als Politikum	133
Internationalisierung des Deutungskonflikts	134
Anerkennungsinitiativen in den USA	134
Die Völkermordresolution des Europäischen Parlaments 1987 ...	137
Innen- und außenpolitischer Kontext der 1980er	141
Die Militärjunta vom 12. September 1980	141
Außenpolitischer Imageschaden	144
Staatliche Vergangenheitspolitik	147
Professionalisierung der Leugnung	147
Terrorismusbekämpfung als Vergangenheitspolitik	149
Das Institut für Armenische Studien	151
Türkische Migranten in der Abwehrpolitik des Staates	152
Diskursive Reaktionen auf die Politisierung der Vergangenheit	156
»Europäischer Verrat«	157
Entscheidung nach Innen relativieren	160
Warnung nach Außen – Türkei garantiert	
die Sicherheit Europas	162
Orientierungslosigkeit – Wohin gehören wir?	163
Machtdiskurs und Terror- und Umzingelungsszenarien	167
Zusammenfassung	174
Symbolpolitik	177
Internationale Völkermorddebatten	178
Die Genozidanerkennungspolitik der Armenischen Republik	178
Türkisch-Armenische Beziehungen	179
Die türkisch-armenische Versöhnungskommission TARC	182
»Workshop for Armenian and Turkish Scholarship«	185
Anerkennungsinitiative in den USA (2000)	188
Genozidanerkennung in Frankreich (2001)	189
Der offizielle EU-Kandidatenstatus der Türkei	190
Symbolpolitik und Sanktionsdiskurs	193
»Gegenschlag«	194
Ausbreitung des »Anerkennungsvirus«	202
Europäische und französische »Schuld«	205
»Umzingelung der Türkei« durch Völkermordanerkennung	211
Kultureller Überlegenheitsanspruch des Westens	217
Zusammenfassung	222

Vergangenheitspolitik als Zeichen von Europafähigkeit	227
Außenpolitischer Druck für eine offene Vergangenheitspolitik	229
Die Frage der Europafähigkeit der Türkei	229
Wandel in der deutschen Politik zur Armenierfrage	230
Ausblick: Von internationaler Anerkennung zur rechtlichen Sanktionierung von Völkermordleugnung	232
Proaktive Vergangenheitspolitik und ihre Adressaten	234
Vorschlag zur Gründung einer Historikerkommission	234
Die Blaubuch-Aktion	236
Ausblick: Türkisch-armenische Protokolle 2009	239
Innenpolitischer Kontext	241
Hrant Dink als Zielscheibe von Nationalisten	244
Konferenzskandal im Mai 2005	248
Zweiter Anlauf im September 2005	250
Diskursive Auseinandersetzung – Stimmenvielfalt und Diversität	251
Verrätertum	251
Demokratierahmen	258
Wissen und Gesellschaft	260
Die Armenierfrage als ein Problem auf dem Weg in die EU	262
Rahmung der Vertreibungsgeschichte der Armenier	264
Öffentliche Outings armenischer Vorfahren	268
Zusammenfassung	270
Ausblick: Paradoxien der Stimmendiversifikation – die Entschuldigungskampagne 2008	271

TEIL III: FAZIT

Zwischen Aufbruch und Festhalten.....	277
Literatur	287
Abkürzungen	305
Liste der Interviews	307
Danksagung	309

VORWORT

Eine Dissertation zu verfassen bedeutet in vielfacher Hinsicht eine schwere Zeit. Die Beschäftigung mit einem politisch hoch umstrittenen und in emotionaler Hinsicht berührenden Thema trägt dabei nicht zum Gegenteil bei. Trotz allem bin ich froh, dieses Unterfangen begonnen und zu Ende gebracht zu haben. Denn ohne diese Arbeit wäre ich mir der unvorstellbar tragischen Dimension und der »erschreckenden Kälte« – wie es der Bündnis 90/Die Grünen Politiker Cem Özdemir einmal ausgesprochen treffend formuliert hat – eines großen Teils der türkischen Gesellschaft dieser Geschichte gegenüber nicht bewusst geworden. Im Gegenteil, ich hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zu jenen Stimmen gehört, die den Mord an mehr als einer Million Menschen als existentielle Maßnahme des Osmanischen Reiches verschleiern, beschönigen, relativieren.

Am 19. Januar 2007 wurde der armenische Journalist Hrant Dink auf offener Straße vor dem Gebäude der Wochenzeitung Agos in Istanbul erschossen. Hrant Dink wurde Opfer seiner ethnischen Herkunft. Denn die armenische Gemeinde der Türkei ist bis heute mit anhaltender juristischer, politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung, Marginalisierung und Demütigung konfrontiert. Dennoch glaubte Hrant Dink an diese Gesellschaft, daran, dass sie aus eigener Einsicht und Menschlichkeit mit ihrer grausamen Vergangenheit aufräumen würde, wenn sie nur die rechtlichen und demokratischen Räume dazu bekam. Diese Überzeugung veranlasste ihn dazu, sich entschieden für die Aufnahme der Türkei in die EU einzusetzen und jegliche Vorstöße, die einen Beitritt an eine Völkermordanerkennung koppelten, als Instrumentalisierungsversuche abzulehnen.

Die Erkenntnis, dass die türkische Gesellschaft bis heute nicht in der Lage ist, einen Brückenbauer wie Hrant Dink in ihrer Mitte zu haben und ihm sein Recht auf Leben zuzugestehen, zählt zu den besonders niederschmetternden Erfahrungen, die ich während dieser Arbeit gemacht habe. Ich möchte mit tiefem Respekt Hrant Dink gedenken und ihm posthum für seine Unterstützung danken.

EINLEITUNG

»To the Stolen Generations, I say the following:
as Prime Minister of Australia, I am sorry. On
behalf of the Government of Australia, I am
sorry. On behalf of the Parliament of Australia, I
am sorry. And I offer you this apology without
qualification. We apologise for the hurt, the pain
and suffering we, the parliament, have caused
you by the laws that previous parliaments have
enacted. We apologise for the indignity, the
degradation and the humiliation these laws
embodied.«¹

Öffentliche Entschuldigungen für historische Vergehen zählen in den letzten Jahren zu den bemerkenswertesten Phänomenen in der internationalen Politik. Ein Blick auf die Liste von Demutsbezeugungen zeigt die weltweite Verbreitung der Politik offizieller Entschuldigungen (Nobles 2008): Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton entschuldigte sich 1998 für die Untätigkeit der USA während des Völkermords in Rwanda. Papst Johannes Paul II. tat es im Jahre 2000 für die historischen Verfehlungen der katholischen Kirche. In einer durch die Bedingungslosigkeit ihrer Formulierung emotional besonders eindringlichen Rede entschuldigte sich der australische Premierminister Kevin Rudd Anfang 2008 bei der indigenen Bevölkerung des Landes, die Opfer der staatlichen Assimilationspolitik wurde.

Im Zeitalter öffentlicher Entschuldigungen ist die Leugnung von historischen Untaten also kein akzeptabler Modus für den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der nationalen Geschichte. Eine offe-

1 Kevin Rudd, Premierminister Australiens in einer Rede vom 13. Februar 2008. Vgl. amtliche Internetseite des Australischen Parlaments www.pm.gov.au/media/speech/2008/speech0073.cfm. Stand 29.10.2008.

ne, selbstkritische Auseinandersetzung mit Massenmord, Vertreibung oder Assimilationspolitiken zeichnet sich immer mehr als eine internationale Norm angemessenen Verhaltens ab. Das Festhalten an nationalistischen Vergangenheitsdiskursen, in denen das Leid der Opfer relativiert, verschleiert oder gar geleugnet wird, ist aus dieser Perspektive mit sozialen Kosten, wie etwa Prestigeverlust, aber auch materiellen Kosten verbunden.

Der Erinnerungsdiskurs der Politik und Mehrheitsgesellschaft der Türkei steht aber in deutlichem Gegensatz zu dem Phänomen öffentlicher Entschuldigungen und des opferorientierten Umgangs mit den dunklen Seiten nationaler Geschichte. Denn bis heute lehnt die Türkei jede kritische Auseinandersetzung mit der brutalen Vertreibungspolitik des jungtürkischen Regimes Anfang des 20. Jahrhunderts, der Hunderttausende von Armeniern zum Opfer fielen, weitgehend ab. Im Kern führt die Türkei die Rechtfertigungsmuster der einstigen Täter fort, in dem sie den Deutungstopos kultiviert, es habe sich um eine sicherheitsbedingte, kriegsnotwendige Maßnahme gehandelt, bei der es um das Überleben des Osmanischen Reiches gegangen sei.

Nicht nur verweigert die Türkei selbst jegliche Kritik an der jungtürkischen Vertreibungspolitik, sie versucht auch andere Staaten und internationale Institutionen daran zu hindern, den Völkermordcharakter der geschichtlichen Ereignisse von 1915 zu thematisieren. Als die Französische Nationalversammlung Anfang 2001 eine Resolution verabschiedete, in der sie die Ereignisse von 1915 als Völkermord anerkannte, brach die Türkei die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich für kurze Zeit ab. Französische Firmen wurden aus öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen und der amtierende Premierminister Ecevit weigerte sich demonstrativ, seinen Dienstwagen des französischen Herstellers Renault zu besteigen.

Diese Abwehrreaktionen sind in zweierlei Hinsicht kontraintuitiv. Zum einen hat sich die moderne Türkei in ihrer Gründungserzählung dezidiert vom Osmanischen Reich abgesetzt. Zum anderen liegen die historischen Ereignisse nahezu ein Jahrhundert zurück, und es gibt kaum direkte Überlebende auf Seiten der Opfer oder Täter. Doch die Emotionalität und die Vehemenz, mit der auf die kritische Infragestellung der Vertreibungsgeschichte der Armenier seitens der türkischen Politik und Mehrheitsgesellschaft reagiert wird, scheint im Laufe der Zeit eher zuzunehmen als abgenommen zu haben, ohne dass der Diskursverlauf in der Forschung je systematisch untersucht wurde.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die vorliegende Studie auf die folgenden Fragen:

- Wie hat sich der Erinnerungsdiskurs im gesellschaftlich-politischen Leben der Türkei von 1973 bis 2005 entwickelt? Welche Diskursrahmen und -topoi dominieren, welche variieren im Zeitverlauf?
- Warum wird der Völkermord an den Armeniern verschleiert, relativiert oder moralisch und normativ zu rechtfertigen versucht?

Bei der Suche nach den Gründen für den spezifischen Verlauf des Erinnerungsdiskurses werden politische und kulturelle Variablen als mögliche Erklärungsfaktoren in Betracht gezogen. Gefragt wird dabei:

- Inwieweit spielen außenpolitischer Druck und/oder die machstrategischen Ressourcen der Türkei eine Rolle bei dem Diskursverlauf? In anderen Worten: Inwieweit ist der Diskursverlauf mit fehlenden oder steigenden außenpolitischen Druck zu erklären?
- Welche Rolle spielen Imperative und Erfordernisse nationaler kollektiver Identitätsbildung und -sicherung im Diskursverlauf?

Die Konzentration auf den Erklärungsfaktor »ausenpolitischer Druck« bzw. »machstrategische Ressourcen« ergibt sich aus der Bedeutung der historischen Armenierfrage in der internationalen Politik und insbesondere dem Umstand, dass der Umgang der Türkei mit diesem Abschnitt der nationalen Geschichte eine kritische Rolle im EU-Beitrittsprozess spielt. Die Anerkennung des Völkermordcharakters der Vertreibung der Armenier ist zu einem informellen Beitrittskriterium geworden. Die institutionellen Weichen dafür stellte das Europäische Parlament, als es 1987 die Vertreibung der Armenier nicht nur als Völkermord im Sinne der UN-Genozidkonvention von 1948 anerkannte, sondern einen möglichen EG-Beitritt der Türkei bereits damals an eine ebensolche Anerkennung koppelte.² Die türkische Geschichtspolitik dient den Türkei-Kritikern als ein Beleg par excellence für die vermeintlich geringe »Europafähigkeit« des Landes.

Demgegenüber äußert sich die Rolle des Einflussfaktors machstrategische Ressourcen für den Verlauf des Erinnerungsdiskurses etwa darin, dass sich die Türkei lange erfolgreich gegen Völkermordanerkennungsbestrebungen durch nationale Parlamente und internationale Institutionen einsetzen konnte. So scheiterte eine als sichere Sache geglaubte Genozidinitiative im amerikanischen Kongress Ende 2000, weil sich der amtierende Präsident Bill Clinton mit dem Verweis auf nationale Sicherheitsinteressen persönlich gegen das Resolutionsvorhaben einsetzte.

2 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 190 vom 20.7.1987.

Die Türkei hatte im Vorfeld gedroht, die Nutzungsrechte des für die amerikanische Nahostpolitik vitalen Militärstützpunktes in der türkischen Stadt Incirlik auslaufen zu lassen.

Während sich die Konzentration auf die Einflussfaktoren außenpolitischer Druck und machtstrategische Ressourcen aus der geschilderten Bedeutung der Armenierfrage in der internationalen Politik sowie den Abwehrpolitiken der Türkei ergibt, hängt die Konzentration auf den Einflussfaktor »Identität« bzw. »Kultur« mit der zeitlichen Koinzidenz der jungtürkischen Mordpolitik mit der zentralen Phase der Gründungsgeschichte der Türkei zusammen. Die Fundamente der modernen Türkei gehen auf jene Jahre Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, in denen die Zwangsdeportation der Armenier umgesetzt wurde. Das zeitliche Zusammentreffen der Formierung des türkischen Nationalstaats mit dem Mord an Hunderttausenden von unschuldigen Menschen deutet auf die Problematik hin, welche negativen Folgen eine mögliche Anerkennung des Völkermords für die nationale Identität der Türkei haben könnte. Zwar hat sich die kemalistisch laizistische Türkei in ihrer Gründungserzählung aus Gründen nationalstaatlicher Identitätsstiftung vom Osmanischen Reich abgesetzt. Diese Konstruktion eines Bruches kann allerdings die personellen Kontinuitäten zwischen einstigen Tätern und späteren Republikgründern nicht überdecken.

Ein mögliches Eingeständnis historischer Fehler im Hinblick auf die Vertreibung der Armenier birgt darüber hinaus das politische Risiko, dass andere »Leichen im Keller« des türkischen Nationalstaatsprojektes ans Tageslicht kommen könnten. Denn neben den Armeniern wurden auch die christlichen Assyrer und Aramäer Opfer der jungtürkischen ethnischen Säuberungspolitik. Eine weitere unterdrückte ethnische Gruppe sind die Kurden, die sowohl in den Anfangsjahren der Republik als auch jüngst in den 1990er Jahren massenhaft vertrieben wurden (Kieser 2004; Ayata/Yükseker 2005). In die Liste der politisch und gesellschaftlich unaufgearbeiteten nationalen Geschichte gehören schließlich die enormen Umvölkerungspolitiken in den 1920er Jahren mit Griechenland (Zürcher 2007).

All diese weniger glorreichen Aspekte der türkischen Nationalgeschichte passen nicht in das phänomenale Erfolgsnarrativ von der »nationalen Befreiung und der Auferstehung aus der Asche« der Türkischen Republik. Eine kritische Dekonstruktion der nationalen Geschichte stellt das politische und nationale Selbstverständnis der Türkei in Frage.

Die Arbeit besteht aus drei Teilen. In Teil I stehen der historische Kontext des zu untersuchenden Diskurses, d.h. der Mord an den osmanischen Armeniern von 1915, sowie der Forschungsstand zum Umgang der Türkei mit der Geschichte von 1915 im Vordergrund. Bei der Dar-

stellung der historischen Dimension des Untersuchungsgegenstandes geht es zum einen darum, einen fundierten Einblick in den realhistorischen Ablauf zu bekommen. Zum anderen werden diejenigen historischen Aspekte herausgearbeitet, die im Erinnerungsdiskurs der türkischen Mehrheitsgesellschaft als kollektive Geschichtsbilder zum Tragen kommen. Es wird hier ein Überblick gegeben, welche realgeschichtlichen Aspekte der Vernichtungspolitik im Gegenwartsdiskurs aus dem historischen Kontext herausgefiltert und in einer Art vorgebracht werden, die die mörderische Dimension der ethnischen Säuberungspolitik beschönigt, rechtfertigt oder verschleiert.

Anschließend folgt eine systematische Auswertung der Forschungsliteratur, die sich direkt oder indirekt mit dem Leugnungsphänomen beschäftigt. Zwar gibt es kaum eine Untersuchung zu den historischen Erfahrungen der osmanischen Armenier, die nicht in der einen oder anderen Form die leugnerische Haltung der Türkei in Bezug auf die Geschichte von 1915 problematisiert. Der Erinnerungsdiskurs und die Einflussfaktoren, wie sie im Vordergrund der vorliegenden Studie stehen, sind aber bislang nicht adäquat berücksichtigt worden. Entweder haben sich Studien auf die türkische Historiographie und die darin enthaltenen Leugnungsmuster oder nur auf die (außen-)politischen Bedingungen der staatlichen Leugnungspolitik konzentriert. Außerdem beschränken sich die bisherigen Erkenntnisse auf historiographische Diskursmuster, die kaum in die innen- und außenpolitischen bzw. zeitlichen und räumlichen Kontexte eingebunden werden. Das Ergebnis ist eine Vorstellung von statischen Diskursmustern, die keiner Analyse im Zeitverlauf unterzogen wurden.

Schließlich werden in Teil I der theoretische Rahmen, die methodologischen Grundlagen und das methodische Vorgehen erläutert. In theoretischer Hinsicht wird zum einen der Zusammenhang von sozialem Gedächtnis, kollektiver Erinnerung und Identität herausgearbeitet. Zum zweiten werden mögliche theoretische Mechanismen erläutert, die unterschiedliche Aussagen darüber machen, ob und unter welchen Bedingungen nationale Erinnerungsdiskurse sich verändern und an internationale Erinnerungsnormen anpassen. Insgesamt unterscheiden sich die herangezogenen Theorien darin, ob und inwieweit exogener und externer Druck die Bewahrung, Vertiefung oder Anpassung an internationale Normen zur Folge hat.

Der methodologische Ausgangspunkt ist die Prämisse, dass Sprache, kommunikative Interaktion oder Diskurse die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit konstruieren und gesellschaftlich verfügbar machen. Die sprachliche Deutung der Wirklichkeit geht politischen Handlungen voraus und ist in diesem Sinne ein der konkreten Politik vorgela-

gerter Prozess. Sprache und Diskurse geben einen Rahmen vor, der sowohl *enabling* als auch *constraining* sein kann (vgl. Checkel 2001).

Das methodische Vorgehen wird relativ ausführlich dargelegt. Die Art der Quellen, die für die Analyse des Diskursverlaufs herangezogen werden, namentlich verschiedene Tageszeitungen, könnten dazu verleiten, eine Medienanalyse im Sinne der Medien- und Kommunikationswissenschaften zu erwarten. Die herangezogenen Tageszeitungen dienen als politische Kommunikations- und Interaktionsbühne, auf der sich gesellschaftliche und politische Diskursträger bewegen und Diskursmuster nachvollziehbar sind. Dies ist auch der Grund, dass die herangezogenen Zeitungen nicht *an sich* und *systematisch* vergleichend analysiert werden. Es geht vielmehr darum, den *Verlauf* des Erinnerungsdiskurses in der öffentlichen Kommunikation zu erfassen.

Im zweiten Teil findet die empirische Analyse statt. Auf der Grundlage von etwa 1000 Texten und Interviews mit Schlüsselakteuren der türkischen staatlichen Leugnungspolitik werden der Verlauf des Erinnerungsdiskurses und die Vergangenheitspolitik des Staates zwischen 1973 und 2005 analysiert. Dazu wurden kritische Diskursmomente identifiziert. Es handelte sich dabei um 1973 und 1975, als es aufgrund von armenischen Racheakten auf türkische Diplomaten zu größeren öffentlichen Erinnerungsdiskursen kam. Die restlichen Diskursmomente stellen 1987 (Völkermordresolution des Europäischen Parlaments), 2001 (Völkermordanerkennung Frankreichs) und 2005 (Durchführung einer kritischen Völkermordkonferenz in der Türkei) dar.

Ausgehend von der analytischen Trennung zwischen Vergangenheitspolitik und Erinnerungsdiskurs sind die Empiriekapitel stets in einen vergangenheitspolitischen und einen erinnerungsdiskursiven Teil gegliedert. Im vergangenheitspolitischen Teil geht es zum einen darum, einen Einblick in den generellen innen- und außenpolitischen Kontext des im Vordergrund stehenden zeitlich spezifischen Erinnerungsdiskurses zu bieten. Zum anderen geht es darum, die türkische Vergangenheitspolitik im Sinne von konkreten politischen und institutionellen Maßnahmen sowie (außen-)politischen Strategien zur Blockade von Völkermordanerkennungen vorzustellen. Die Ausdehnung der vergangenheitspolitischen Teile im Laufe der analysierten Diskursmomente von 1973 bis 2005 ist dabei bereits ein Indikator für die gestiegene außen- und innenpolitische Bedeutung des Armeniermordes, zumindest was die Frage der politischen Thematisierung betrifft.

Während der vergangenheitspolitische Teil der einzelnen Empiriekapitel in räumlicher und zeitlicher Hinsicht umfassender ist, konzentriert sich der erinnerungsdiskursive Teil der Kapitel jeweils auf ein *konkretes* und *abgeschlossenes* Ereignis, das den gesellschaftlich-politi-

schen Diskurs über die Armenierfrage zu einem bestimmten Zeitpunkt auslöste. In diesem zweiten Teil der einzelnen Empiriekapitel beziehen sich die analysierten öffentlich-diskursiven Reaktionen damit in erster Linie auf den konkreten innen- oder außenpolitischen Diskursauslöser.

Die Arbeit schließt mit einer systematischen Interpretation der Ergebnisse der empirischen Analyse in Bezug auf die im Theorieteil formulierten Erwartungen. Hier nimmt die Arbeit Stellung zu der Kernfrage, ob und in welche Richtung sich der türkische Erinnerungsdiskurs gewandelt hat.